

# Beilage 1356/2015 zu den Wortprotokollen des Oö. Landtags XXVII. Gesetzgebungsperiode

---

## **Initiativantrag**

**der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags  
betreffend  
die Reduzierung von Normvorschriften**

**Gemäß § 25 Abs. 6 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

**Der Oö. Landtag möge beschließen:**

### **Resolution**

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, das Normenwesen in Österreich neu zu regeln, um im technischen Bereich zu Regelungsvereinfachungen und damit verbundenen Kosteneinsparungen, wie z.B. im Bauwesen, unter anderem auch im Sinne von leistbarem Wohnen, zu kommen.

### **Begründung**

Eine Vielzahl an Normvorschriften wie z.B. technische „Standards“ sind in vielen Genehmigungsverfahren, unter anderem im Bauverfahren, zu berücksichtigen. Beim „Austrian Standards Institute“ befassen sich derzeit mehr als 250 Normungskomitees mit rund 4.000 Fachleuten mit der Ausarbeitung neuer Normen.

Durch die ständig wachsende Anzahl technischer Normvorschriften ist es insbesondere für Bauwerberinnen und Bauwerber sowie für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Baubehörden nahezu unmöglich, einen Überblick zu bewahren. Technische Normvorschriften sind zudem nicht frei zugänglich, sondern müssen extra bezahlt werden. Diese Vielzahl an Normen zeigt ihre Auswirkungen auch dahingehend, dass mittelständische Unternehmen eigene Expertinnen und Experten beschäftigen müssen, um dem „Stand der Technik“ Folge leisten zu können. Damit entstehen auch im Baubereich Kosten, die den Bauherren weitergegeben werden und damit das Wohnen verteuern.

Technische Normvorschriften geben Orientierung und sind in vielen Bereichen unbestritten notwendig. Mit der Initiative zur Vereinfachung sind weder Qualitätsminderungen noch Standardverschlechterungen im Bereich der Energieeffizienz oder Behindertengerechtigkeit gemeint. Klar ist aber auch, dass die Vielzahl der Normen oftmals Kostentreiber sind und den Bestrebungen nach Verwaltungsvereinfachung entgegenwirken sowie einfacheren Verfahren und damit auch leistbaren Bauvorhaben für die Bürgerinnen und Bürger nicht förderlich sind. Daher soll

die Bundesregierung, wie im Regierungsprogramm für die laufende Periode festgehalten, dafür eintreten, Baustandards, Baunormen, Richtlinien und Wartungsvorschriften auf Kosteneinsparungspotenziale hin zu überprüfen und zu durchforsten.

Linz, am 27. Jänner 2015

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

**Stelzer, Frauscher, Weinberger, Schulz, Hingsamer, Sigl, Dörfel, Weixelbaumer, Ecker, Jachs, Stanek, Hüttmayr**

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Makor**

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

**Steinkellner**

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

**Hirz, Wageneder, Schwarz, Buchmayr**